

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 68 (1974)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Chile - wer ist der nächste?  
**Autor:** Kraschutzki, Heinz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142335>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

weite Verbreitung gefunden. Daniel Ellsberg gelangte nach einem zweijährigen Aufenthalt in Vietnam (1965 bis 1967) zu einer **totalen Verurteilung** des Vietnamkrieges. Diese Geheimdokumente geben einen direkten Einblick in die Verstrickung der USA in Indochina, in ihre Kriegsmaschinerie, in die Rolle der amerikanischen Präsidenten, angefangen bei Truman über Eisenhower, Kennedy, Johnson bis zu Nixon, die alle maßgeblich zur Eskalation des Vietnamkrieges beigetragen haben. Diese Dokumente enthüllen auch die Regierungstaktik, die durch Geheimhaltung der wirklichen Lage und Falschmeldungen sowohl das Parlament als auch das Volk jahrelang irregeführt haben. Sie haben mit der Ansicht, der Indochinakrieg sei ein Ergebnis von Fehlentscheidungen, gründlich aufgeräumt.

Daß das schließlich am 27. Januar dieses Jahres in Paris zustandekommene Waffenstillstandsabkommen noch keine echte Befriedung der verschiedenen Streitparteien ist, zeigen die fortdauernden Feuergefechte. Solange das **Diktatur-Regime Thieu** dank der amerikanischen Militärhilfe und Tausender von amerikanischen Militärberatern, jetzt in Zivilkleidern, an der Macht bleibt, werden keine freien Wahlen stattfinden, und es kann keine Koalitionsregierung von Vertretern der gesamten Bevölkerung zustandekommen. Der Konfliktherd bleibt bestehen. Der Leidtragende ist das vietnamische Volk. Helen Kremos

(Referat gehalten an der Jahresversammlung 1973 des Schweizer Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit)

## Chile — wer ist der nächste?

Bis zum 14. April 1931 war Spanien ein Königreich und die Offiziere der Streitkräfte waren auf den König, Alfons XIII., vereidigt. Dann wurde die Republik ausgerufen. Die Offiziere schworen einen neuen Fahneneid, sonst änderte sich für sie nichts. Am 16. Februar 1936 waren Parlamentswahlen. Eine «Volksfront» gewann über zwei Drittel der Sitze. Fünf Monate später machte das Militär seinen Aufstand gegen die Republik, die sich aber noch fast drei Jahre lang wehrte, ehe sie kapitulieren mußte. Das Militär führte den langen Bürgerkrieg mit Offizieren, die von der Republik befördert und mit Geld und Waffen versehen worden waren, mit Mannschaften, denen alle vorhergehenden Regierungen, auch die republikanische, eingeprägt hatten, die oberste Pflicht eines Soldaten sei es, dem Offizier zu gehorchen. Das kam daher, daß die Republik nicht gewagt hatte, die Berufsoffiziere zu entlassen. Man brauchte sie doch, als technisch ausgebildete Kräfte, für die Landesverteidigung, nicht wahr!?

Wer die Geschichte der lateinamerikanischen Republiken kennt, weiß, daß in fast allen von ihnen Militärputsche, dort «Pronunciamentos» genannt, sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit folgten. General A wird von General B gestürzt, den dann ein paar Jahre später General C entmachtet. In Peru zum Beispiel ist das mit geradezu langweiliger Regelmäßigkeit fast ein Jahrhundert lang so gegangen.

Nur in einem Lande gab es das nicht. Das Offizierskorps der Republik Chile hatte niemals ein Pronunciamento gemacht. Jetzt haben die chilenischen Offiziere das Versäumte nachgeholt. Die Lücke ist geschlossen.

Ich hörte einmal, in Europa, den Vortrag eines Argentiniers über das Militär: Er sagte etwa: «Ihr in Europa seid gegen das Militär, weil ihr fürchtet, es könnte einen neuen Krieg entfesseln. Bei uns in Lateinamerika hat das Militär mit dem Krieg nichts zu tun. Argentinien hat fünf Nachbarn, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Bolivien und Chile. Mit ihnen allen leben wir im besten Frieden. Nirgends gibt es an den Grenzen umstrittene Gebiete oder dergleichen. Trotzdem geben wir 43 Prozent unserer Staatseinnahmen für die Rüstung aus, andere Republiken teilweise noch mehr, keine weniger. Warum? Weil das Militär die herrschende Ordnung aufrechterhält. Nur dazu ist es da und wird dafür aus Steuergeldern bezahlt. Die Landesverteidigung? Das ist ein Vorwand, weiter nichts.»

In Europa ist das mancherorts nicht viel besser. Die Offiziere, die in Griechenland die Demokratie stürzten, waren vorher von den demokratisch gewählten Regierungen befördert und mit Geld und Waffen ausgestattet worden. Auch den ihnen unterstellten Mannschaften hatte man schon immer eingepreßt, ihre oberste Pflicht sei es, den Offizieren zu gehorchen. Sie taten es. Bei Griechenland ist die «Landesverteidigung» besonders wichtig, denn Griechenland ist Mitglied der NATO, ist also verpflichtet, «die freie Welt» zu verteidigen. Mit den Waffen der NATO wurden erst kürzlich in Athen die Studenten zusammengehauen.

\*

Nur einer hat das nicht mitgemacht, ist nicht auf das Schlagwort «Landesverteidigung» hereingefallen: Fidel Castro. Bei seiner Landung auf Kuba waren einige seiner Leute gefallen. Am Abend zählte er die, die ihm geblieben waren und sagte: «Wir sind dreizehn. Die Tage des Diktators sind gezählt.» Er sollte Recht haben. Der Diktator Battista war beim Volk über die Maßen verhaßt gewesen. Massen von Unzufriedenen strömten Castro zu. Ein halbes Jahr später war er der Beherrscher seiner Heimatinsel. Und dann tat er etwas, was noch keiner vor ihm getan hatte, was auch nach ihm Salvador Allende nicht gewagt hat. Er jagte das ganze Offizierskorps davon. Er brauchte diese Leute

nicht. Landesverteidigung? Wenn die USA mit ihrer ganzen Macht gegen ihn antreten, kann ihn keine Landesverteidigung mehr retten, Und für kleinere Zwischenfälle waren seine Milizen viel besser und zuverlässiger.

Er sollte Recht behalten. Als die Exilkubaner an der Südküste der Insel landeten, eilte Castro mit seinen Milizen an die gefährdete Stelle. Er kam zu spät. Die dort an der Küste wohnenden Bauern und Arbeiter hatten der Sache schon ein Ende gemacht. Wenn Castro die Offiziere behalten hätte, wäre das nicht so gut gegangen. Wahrscheinlich wären sie zu den Exilkubanern übergegangen und hätten in irgend einem Dorf eine kubanische Gegenregierung gebildet. Die USA hätten diese dann als «einzige legale Regierung» anerkannt und dann schon dafür gesorgt, daß die «Legalen» siegten.

\*

Auch Prinz Sihanouk von Kambodscha hatte das nicht rechtzeitig begriffen. Auch er hatte eine Armee für die Landesverteidigung. Die USA wählten aus seinen Obersten einen aus, der ihnen geeignet schien — und jetzt kämpft Sihanouk seit Jahren gegen seine «Legalen».

\*

Und wie steht es mit der Landesverteidigung nun wirklich? Spanien ist in einer besonders günstigen geographischen Lage. Niemand bedrohte das Land 1936, niemand bedroht es heute. Daß die lateinamerikanischen Republiken von keinem äußern Krieg bedroht sind, wurde bereits erwähnt.

Und Westeuropa?

Vor einigen Jahren tagten einmal die NATO-Außenminister in Rom. Am Schluß stellten sie fest: Wenn die USA ihre Truppenkontingente in Europa belassen, ist die NATO gegenwärtig stark genug, einen sowjetischen Angriff gegen Westeuropa, wenn er ohne Atomwaffen erfolgt, abzuwehren. Das ist reines Geschwätz. Denn einen solchen Angriff ausschließlich mit konventionellen Waffen kann es niemals geben. Voraussetzung wäre nämlich, daß zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR ein Abkommen bestünde in dem Sinne: Krieg wollen wir führen, natürlich, aber niemals mit Atomwaffen. Mehr noch, es würde bedeuten, daß jeder so viel Vertrauen in den anderen hat, daß er weiß: der wird sich eher total vernichten lassen, bevor er sein Wort bricht und nun doch Atomwaffen einsetzt. Wenn aber so absolutes Vertrauen besteht, wozu dann überhaupt noch Krieg führen? Keine Großmacht wird sich vernichten lassen, ohne vorher alle verfügbaren Waffen eingesetzt zu haben.

Zudem haben die USA dutzendemale erklärt, wenn der Osten etwa Westdeutschland oder auch nur Westberlin angreifen sollte, würden sofort Atomwaffen eingesetzt werden. Ebenso haben die Sowjets wie-

derholt gesagt, wenn Westdeutschland die DDR angreifen sollte, dann platzte eine halbe Stunde später eine Atombombe im Zentrum von Bonn.

Einen großen Krieg ohne Atomwaffen kann es also in Europa nicht geben. Insofern ist die «Landesverteidigung», wie sie die NATO mit ihren Truppen, Schützenpanzern, Motorradfahrern usw. vorzutäuschen versucht, völlig sinnlos. Oder etwa doch nicht? Hat auch bei uns der ganze militärische Zauber nur noch den einen Sinn: dafür zu sorgen, daß immer dann, wenn etwa auf demokratischem Weg irgendeine Art von Sozialismus auszubrechen droht — so wie in Chile — sogleich der Funke ausgetreten werden kann — so wie in Chile?

Eines scheint festzustehen: Solange der Nimbus der «Landesverteidigung» aufrechterhalten bleibt, solange demokratische Staatsmänner es nicht wagen, ihre Berufssoldaten davonzujagen, wird es so weitergehen wie bisher und muß man fragen: Wer ist der nächste nach Chile?

Heinz Kraschutski

## Chile und die deutsche Bundeswehr

Seit dem Staatsstreich der faschistischen Generale in Chile vom letzten September haben sich unzählige Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Liberale in der Bundesrepublik gefragt, wie es um die Generale der Bundeswehr stehe. Sie erhielten ihr Brevet von Hitler — kann man sich darauf verlassen, daß sie sich heute an die (republikanische) Verfassung halten?

Die Frage wurde ganz offen gestellt von Erwin Horn, einem sozialdemokratischen Mitglied des Bundestages, der in einer gründlichen Analyse nachwies, daß mehrere Generale, die seit zwei Jahrzehnten den Aufbau und die ideologische Schulung der Bundeswehr unter sich hatten, sich öffentlich als der äußersten Rechten zugehörig zu erkennen gaben. Horn nannte die Generale Karst, Grashey, Thilo, Schall und andere und erklärte, gewisse Generale hätten mindestens intellektuell mit der Idee gespielt, die Verfassung zu ändern, sogar sie zu brechen.

Das Wochenblatt «Welt der Arbeit», offizielles Organ des (west) deutschen Gewerkschaftsbundes, schrieb am 2. Nov. 1973: Horn und andere Eingeweihte sind der Auffassung, daß unter der sozial-liberalen Regierung im Offizierskorps ein politisches Kräftemessen sich ausbreitet, das zu gegebener Zeit zum Verfassungsbruch führen könnte. Dinge dieser Art beginnen oft mit Diskussionen spät abends in der Offiziersmesse — sagen wir mit einem Problem wie es in letzter Zeit oft auftaucht: «Wie lange brauchte wohl die 15. Brigade für den Marsch von